

Die Marxistisch-Leninistischen Grundsätze der Führung des proletarisch-revolutionären Kampfes.

von F. Dowien.

begonnen Mitte April 1934.

Herausgegeben vom Kampfbund für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Die Februarkatastrophe hat den Glauben der Arbeiterklasse an die Sozialdemokratie schwer erschüttert. Die Arbeiterschaft beginnt neue Wege zu suchen. Ein Teil geht zum Stalinismus, ohne noch zu ahnen, dass es derselbe Opportunismus ist, nur „radikaler“ getarnt. Auf der Linie ihrer Taktik handelnd, die sie in Hitler-Deutschland angewendet, wird die Stalinbürokratie den Arbeitern bald die Lehren sehr bitterer Erfahrungen über den Stalinismus beibringen. Das wird den Schluss der heutigen ultralinken Welle einleiten. Die Ereignisse selbst werden dann die Arbeiterschaft viel stärker als heute immer mehr auf den einzig möglichen Weg weisen: zur neuen Partei, zur neuen Internationale.

Raffiniert suchen Sozialdemokratie und Stalinbürokratie ihre Schuld an den Niederlagen zu verwischen, das unumgänglich notwendige Überprüfen der Vergangenheit zu verhindern und unter neuer, radikalster Maske ihre alte verräterische Grundlinie fortzusetzen. Sie stören und hemmen den Klärungsprozess, der die Voraussetzung für das Wiedererheben der Arbeiterklasse ist. Diesen Prozess zu erleichtern, zu beschleunigen, bezweckt diese Schrift.

Um die richtigen Schlüsse aus ihren furchtbaren Erfahrungen zu ziehen, die ihnen rückwirkend nun auch ihre früheren Erfahrungen in neuem Lichte zeigen, müssen die Arbeiter von richtigen Gesichtspunkten ausgehen. Gerade darum stellt diese Schrift die marxistisch-leninistischen Grundsätze der Führung des proletarisch-revolutionären Kampfes in den Mittelpunkt.

Diese Schrift erscheint in einer Reihe aufeinanderfolgender Flugschriften, die miteinander ein zusammenhängendes Ganzes bilden.

KLASSE

Seit dem Untergang des Urkommunismus, seit der Entstehung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zerfällt die menschliche Gesellschaft in Klassen. Zwischen Sklavenherren und Sklaven, Feudalherren und Hörigen, Kapitalisten und Proletariern, dazu den Mittelschichten, zwischen all diesen Klassen tobt der Klassenkampf.

Die im Gesamtproduktionsprozess die gleiche Rolle erfüllen, gehören zu einer Klasse. Der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie, Proletariat, Mittelklasse bildet den Inhalt der Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft.

Die großen entscheidenden Produktionsmittel eignen, darüber verfügen, sie durch Lohnarbeiter in Bewegung setzen, diese auszubeuten, möglichst großen Mehrwert aus ihnen pressen, möglichst großen Profit an sich reißen – das ist die Produktionsrolle der Kapitalistenklassen.

Die kleinen, für die Gesellschaft immer weniger wichtigen Produktionsmittel eignen, darüber verfügen, sie durch eigene Kraft, die Kraft der Familienmitglieder, die von Lehrlingen und Gesellen in Bewegung setzen, sich durch den Ertrag dieser Arbeit zu behaupten, an möglichst in die Kapitalistenklasse emporarbeiten – das ist die Produktionsrolle der Mittelklasse, des echten Kleinbürgertums, die kleinen Bauern inbegriffen.

Die großen entscheidenden Produktionsmittel, die ihnen nicht gehören, bewegen, all das in immer größerem Maße erzeugen, was zum Erhalten, Fortpflanzen, Aufsteigen der menschlichen Gesellschaft notwendig ist, abgefertigt mit einem Lohn, der im besten Falle ausreicht, die Millionnenmasse der Arbeiter auf tiefer Lebensstufe zu erhalten, fortzupflanzen – das ist die Produktionsrolle der Arbeiterklasse.

Aus der gleichen Produktionsrolle im gesellschaftlichen Produktionsprozess ergeben sich für alle Angehörigen der Klasse gemeinsame, grundlegende Interessen, die Klasseninteressen. Innerhalb jeder Klasse reiben sich mehr oder minder, oft außerordentlich scharf, alle möglichen Teilinteressen: Einzel-, Familien-, Gruppen-, Branchen-, Schichten-, Geschlechts-, Alters-, nationale Interessen usw. Demgegenüber sind die Klasseninteressen, die allen Angehörigen der Klasse, über alle Unterschiede, auch Religions-, Rassen- und sonstige Unterschiede hinweg, gemeinsame grundlegende Interessen.

Das Privateigentum an den großen, entscheidenden Produktionsmitteln, die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, zu deren Sicherung die Verfügung über die Machtmittel behaupten, die kapitalistische Herrschaft,

– 2 –

die kapitalistische Diktatur, die Produktion möglichst großen Mehrwertes, die maximale Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Mittelklasse, die größtmöglichste Aneignung von Profit für sich dauernd aufrecht halten – das ist das Klasseninteresse der Kapitalistenklasse.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter immer mehr bessern, das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigen, die Verfügung der Arbeiterklasse über die Produktionsmittel sichern durch die Aufrichtung und Behauptung der Herrschaft der Arbeiterklasse, der proletarischen Diktatur, mittels der proletarischen Diktatur die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufbauen, alle Formen der Ausbeutung, alle Klassen aufheben, schließlich die gesamten Produktionsmittel in Eigentum, Verfügung, Verwaltung der gesamten Menschheit überleiten, alle Menschen zur bewussten Gesellschaft zusammenzufassen, die sich als Einheit selbst verwaltet, in der jeder Mensch frei von jeder Knechtschaft und Ausbeutung, jeder einzelne gesichert in einer wahrhaft menschenwürdigen Existenz sich bewegt, entfaltet, – das ist das Klasseninteresse der Arbeiterklasse.

Der Hauptkonsument der Mittelschichten ist das Proletariat, darum haben sie Interesse an der Kaufkraft der Arbeitermassen, (Löhne, Massensteuern, Miete usw.). Andererseits sind die Mittelschichten interessiert an möglichst hohen Preisen ihrer Produkte. Das entscheidende Klasseninteresse der Mittelklasse jedoch ist und bleibt: Das Privateigentum an ihren kleinen Produktionsmitteln behaupten, sichern, vermehren. Aus ihren Klasseninteressen heraus muss also die Mittelklasse immer wieder zwischen Bourgeoisie und Proletariat schwanken. Sie ist unfähig zu einer eigenen, selbstständigen Klassenrolle. In ihren Hin- und Herschwanken hat sie immer wieder die Tendenz zum Bündnis mit der Bourgeoisie, die Neigung, sich der kapitalistischen Führung zu unterordnen, mit dem Höchstziel eines Anteils an der kapitalistischen Herrschaft. Zwar expropriert die Kapitalistenklasse unter allen möglichen Formen, offen und verhüllt, in immer größerem Maße die Kleinbürger, die kleinen Bauern. Dennoch sieht die große Masse der mittleren Elemente in der Kapitalistenklasse die Beschützerin alles Privateigentums, auch des Eigentums an den Produktionsmitteln. Erst die proletarische Diktatur vermag die Mittelklasse dauernd auf die Seite des Proletariats, unter dessen Führung überzuleiten, unter der Bedingung konsequenter, proletarischer Klassenpolitik, die das Klasseneigentum der Mittelklasse nicht antastet, sie vielmehr durch große, greifbare Vorteile durch planmäßiges Überzeugen, erzieht, allmählich der sozialistischen Produktion zuführt. Durch die von abenteuerlicher Rekordsucht gewaltsam vorgepeitschte Kollektivierung hat die Stalinbürokratie das unumgänglich notwendige Bündnis des Proletariats mit den Bauernmassen aufs schwerste erschüttert, die Position des russischen Proletariats, die Position der proletarischen Diktatur gefährlich geschwächt.

Das grundsätzliche Verhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

In der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft, wo der Feudalismus bereits liquidiert ist, widersprechen einander die Klasseninteressen des Proletariats und der Bourgeoisie vollkommen. Es kann daher zwischen kein anderes Verhältnis geben, als das des Klassenkampfes. Unversöhnlicher Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse ist das Kardinalprinzip des Proletarisch-revolutionären Kampfes, der oberste Grundsatz des Marxismus. Das Verhältnis zur Kapitalistenklasse ist die erste Grundfrage überhaupt, die Kardinalfrage aller proletarisch-revolutionären Politik. Es gibt nicht einen einzigen Punkt, wo die Interessen der Arbeiterklasse mit den Interessen der Kapitalistenklasse, bzw. Teilen der Kapitalistenklasse auch nur vorübergehend auch nur für einen Augenblick, auch nur ausnahmsweise zusammenlaufen. Das Zusammengehen Zusammenwirken, Zusammenarbeiten, die Arbeitsgemeinschaft, die Wirtschaftsdemokratie, der Burgfriede, die Union National, die Union sacre, das Bündnis,

die Koalition, mit der Bourgeoisie, jede Politik, die auf ein solches Bündnis hinstrebt, sei es aktiv (Koalitionspolitik) sei es passiv (Tolerierungspolitik) ist grundsätzlich unzulässig, ist Klassenverrat, ist Kardinalverrat an der Arbeiterklasse. Ein solches Bündnis ist nur möglich bei fortgesetzter Preisgabe der proletarischen Klasseninteressen. Bei der Koalitionspolitik muss die Arbeiterklasse unvermeidlich unter die Räder kommen. Die Bourgeoisie schließt mit dem Proletariat eine Koalition niemals, um proletarische Interessen zu befriedigen, sondern einzig und allein, um in einer bestimmten Situation die proletarischen Interessen am wirksamsten zu schädigen.

Die Koalition soll die Arbeiterklassen einlullen, um sie dann desto leichter niederwerfen zu können.

Die Bourgeoisie ist immer, ganz besonders in kritischen Zeiten wie heute, wenn die kapitalistische Herrschaft in den Grundfesten wankt, „gegen“ den Klassenkampf, nämlich gegen den proletarischen und selbst den kleinbür-

– 3 –

gerlichen Klassenkampf, desto energischer setzt sie den kapitalistischen Klassenkampf fort, gegen die gesamten Werktätigen, vor allem gegen das Proletariat. Die Sozialdemokratie führt nur den kleinbürgerlichen Klassenkampf, den Kampf um einen Anteil des Kleinbürgertums an der kapitalistischen Staatsmacht, um die Koalition. Für diesen Kampf nützt sie die Arbeitermassen aus. Sie schnattert zwar viel von „proletarischem Klassenkampf“ in Wirklichkeit will sie vom revolutionären Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie zum Sturz der Bourgeoisie, zur Liquidierung der kapitalistischen Herrschaft, zur Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparates, zur Liquidierung der Kapitalisten als Klasse nicht nur nichts wissen, sondern sabotiert, verrät auf Schritt und Tritt den proletarisch-revolutionären Kampf.

Die Verräter suchen über diese ihre Verratspolitik mit Hilfe der Bourgeoisie die großen Arbeitermassen zu täuschen, indem sie von der Bourgeoisie Brosamen, „Reformen“ „erkämpfen“, die in ihrer Gesamtauswirkung nur Teilinteressen, in der Hauptsache der dünnen Schicht der Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie, im besten Falle augenblicklichen Interessen dienen, unter Preisgabe der Zukunftsinteressen der gesamten proletarischen Klasse (Reformismus). Solange die kapitalistische Wirtschaft im Aufstieg, solange sie den Ausbeutern einigen Profit abwirft, solange ist die Bourgeoisie zu dieser Politik der Konzessionen, Trinkgelder, Präsente, „Reformen“ bereit, weil sie die Arbeiterklasse spalten muss, spaltet, lähmt, die Kapitalistenklasse vor der proletarischen Revolution bewahrt, ihr die ungestörte Fortführung der kapitalistischen Herrschaft, der Profitwirtschaft sichert. All dies in der für die Bourgeoisie verhältnismäßig sehr billigen Weise kleiner Brosamen an die Masse, großer Brocken an die Arbeiteraristokratie und entsprechender Trinkgelder an die sozialdemokratischen Lakaien, an die Arbeiteraristokratie.

Von Standpunkt der Arbeiterklasse ist und bleibt im entwickelten Kapitalismus die Koalition, die Einheitsfront mit der Bourgeoisie und jedes darauf gerichtete Streben Klassenverrat. Dagegen vom Standpunkt der Mittelklasse oder Teilen der Mittelklasse ist die Koalitionspolitik die dem Klasseninteresse der Mittelschichten entsprechende Politik. Die Koalitionspolitik entspricht dem kleinbürgerlichen Klassenverrat der sozialdemokratischen Partei. Um die Arbeitermassen für das Kleinbürgertum auf diesem Wege für die Bourgeoisie auszunutzen, ist die Sozialdemokratie gezwungen, diese ihre verräterische Grundlinie raffiniert vor den Arbeitern zu verbergen. Das besorgt sie mit einem Riesenschwall von „Sozialistischen“, im Notfall außerordentlich „radikalen“ Schlagern, im äußersten Notfall kombiniert sie das sogar mit radikalen Abenteuern nach stalinischem Muster, so ihr Verhalten im Febr. heurigen Jahres. Manchmal schwindelt sie den Arbeitern die Koalition vor als eine „Form des Klassenkampfes“ oder sie lehnt die Koalitionspolitik kategorisch „im Allgemeinen“ ab und lässt sie nur zu „in besonderen Ausnahmefällen“ (Linzer Programm). Oder sie erklärt stolz, – insbesondere dann, wenn die Bourgeoisie von der Koalition nichts wissen will – „heute“ komme die Koalition überhaupt nicht in Betracht. Zahllos sind die Maskierungen der Koalitionspolitik, hier ist der sozialdemokratische Verrat am erfindungsreichsten, er muss es sein, weil er sich anders die Gefolgschaft großer Arbeitermassen nicht sichern könnte.

Die Koalitionspolitik war und ist die eigentliche Grundlinie der gesamten sozialdemokratischen Politik ausnahmslos in allen Ländern. Sie ist auch heute nach wie vor die Grundlinie nicht nur der deutschen, sondern auch der österreichischen SP, trotz der furchtbaren Katastrophe, zu der sie als Grund auch in Deutschland und Österreich eingeführt hat, und bereitet unvermeidliche neue Niederlagen vor. Die Arbeiterklasse wird durch ungeheure Anstrengungen den Bonapartismus, den Faschismus niederwerfen,

doch wenn sie die Führung ihres Kampfes der Sozialdemokratie weiter anvertraut mag sich diese revolutionäre Sozialisten? „einheitliche, revolutionäre, sozialistische Arbeiterpartei“ und wie immer umtaufen – so wird sie der Bourgeoisie nur wieder über die neue Krise helfen und sich selbst in neue Gefahren und Niederlagen stürzen. Für neue Führer, neues Programm, neue Kampfmethoden, neuen Geist, für alles Neue ist die SP zu haben, sogar für eine „neue Partei“, nur muss sie die „guten, alten sozialdemokratischen Traditionen“ übernehmen, lies: die Koalitionspolitik! Die Politik des kardinalsten Verrates in der Arbeiterklasse. „In diesem Sinne ist also die SP für eine „neue Partei“ ... statt in der aller entscheidendsten Frage, in der Frage des Verhältnisses nicht bloß zum Bonapartismus, nicht bloß zum Faschismus, nicht bloß zum Kapitalismus, sondern zur Kapitalistenklasse, unzweideutig, prinzipiell klar Farbe zu bekennen, statt die Koalitionspolitik als die Grundursache der Katastrophe offen auszusprechen und sie ein für alle Mal und unter allem Umständen grundsätzlich als Verrat am Proletariat öffentlich zu verwerfen, hüllt sich die SP gerade in diesem grundlegenden Punkte vollkommen in Schweigen und bezeugt gerade dadurch, dass sie grundsätzlich nach wie vor auf dieser ihrer verräterischen Grundlinie weiter beharren

– 4 –

will und wird. Ihr „Radikalismus“ ist nur Köder, um die Arbeiter nochmals für die gute, alte Sozialdemokratische Tradition einzufangen, trotz der durch die SP herbeigeführten Niederlage.

Mit einer sich erst herausbildenden Bourgeoisie, die erst um die Liquidierung des Feudalismus kämpft und im nationalen Freiheitskampf steht, gegen den Imperialismus (kolonialer Freiheitskampf) ist ein zeitweiliges Bündnis zu bestimmten, konkreten, begrenzten Zwecken grundsätzlich durchaus möglich. Dadurch wird die imperialistische Weltfront erschüttert, das Kräfteverhältnis zwischen Weltbourgeoisie und Weltproletariat zu Gunsten der Arbeiter verschoben. An sich war also das Stalinische Zusammenarbeiten mit der chinesischen Bourgeoisie 1926 prinzipiell richtig. Allein der Stalinismus verwirklichte diese Einheitsfront in einer grundsätzlich unzulässigen, verräterischen Weise: Er zwang die KP Chinas, ihre organisatorische Unabhängigkeit, ihre Selbstständigkeit aufzugeben, presste sie als „linken Flügel“ organisatorisch in die chinesische Kapitalistenpartei (Kuomintang), verhinderte die Herausgabe einer Tagespresse der KPCH, ja die chinesische KP musste sogar Bauernrevolten, die sich gegen die chinesische Bourgeoisie erhoben, mit den Waffen niederschlagen helfen. Mit einem Wort die Stalinbürokratie zwang die KPCH, Vollstreckungsorgan der kapitalistischen Politik der chinesischen Bourgeoisiepartei zu werden. Das musste unvermeidlich zum Zusammenbruch führen und führte in der Tat zur Katastrophe der chinesischen Revolution und der KPCH. Bei leninistischer Politik wäre die Revolution in China vormarschiert, hätte Indien, Asien, hätte Europa erschüttert. Ohne die chinesische Katastrophe wäre es nicht zur Katastrophe in Deutschland und Österreich gekommen. Um ihr Verbrechen an der chinesischen Revolution vor der Weltarbeiterschaft zu verhüllen, jagte die Stalinbürokratie die besten der KP in jenen wahnsinnigen Kantonen Putsch (Dezember 1927), der zur physischen Ausrottung der Kommunisten, der proletarischen Revolutionäre in China führte und die revolutionäre Massenbewegung in China der revolutionären Führung des Kopfes beraubte. Die revolutionäre Massenbewegung hat sich von diesem Schlag bis heute nicht erholt. Dafür suchte die Stalinbürokratie die Arbeiter heute zu betrügen, indem sie die Kämpfe der rebellierenden Bauern als „kommunistische“ Kämpfe, als Kämpfe der chinesischen „Kommunisten“ hinstellt, von chinesischer „roter“ Armee und chinesischen „Sowjet“gebieten schwindelt. Gewiss tragen die gegen die Großgrundbesitzer und Kapitalisten gerichteten Kämpfe chinesischer Bauernmassen revolutionären Charakter; aber von Kommunismus, chinesischer roter Armee, Sowjetchina ist dabei schon aus dem Grunde nicht die geringste Spur, weil es in Folge der verräterischen Politik des Stalinismus keine kommunistische Partei in China mehr gibt, nicht einmal ein Scheingebilde, das auch nur an die österreichische Karikatur einer KP heranreicht.

Vorübergehende Bündnisse des proletarischen Staates mit einzelnen kapitalistischen Staaten gegen andere kapitalistische Staaten zur Ausnützung der die Weltbourgeoisie zerklüftenden staatlichen Gegensätze sind prinzipiell zulässig, bei Einhalten zweier grundsätzlicher Bedingungen; 1.: Die Verträge dürfen keine Bedingungen enthalten, die den Kampf der kommunistischen Internationale, der kommunistischen Parteien jener kapitalistischen Staaten ausschalten, hemmen, mit dem der proletarische Staat das Bündnis schließt. Gerade solche Bindungen enthalten die Stalinischen „Antikriegspakte“. Am deutlichsten zeigt dies der Pakt mit Amerika. 2. und vor allem: Die Gesamtpolitik des proletarischen Staates, der kommunistischen Internationale, der kommunistischen Parteien, der russischen KP inbegriffen, muss sich auf der Grundlinie der proletarischen Weltrevolution bewegen, indem der Stalinismus diese Linie preisgegeben hat und sich auf einer rein russisch-nationalen Linie bewegt. („Sozialismus in einem Land“

... d. i. National-, „Kommunismus“) müssen sich verwandeln und verwandelt sich die Stalinischen Antikriegspakte in ein Instrument der Bourgeoisie gegen den proletarischen Staat, gegen die proletarische Revolution. Der Sowjetstaat gewinnt dadurch im besten Falle eine Atempause. Wohl kann infolgedessen der Aufbau etwas weiter vorgetrieben werden, aber im Gesamtergebnis verschiebt sich dabei das internationale Kräfteverhältnis der Klassen immer weiter zum Nachteil des Weltproletariats, zum Nachteil auch der Sowjetunion. Die Atempause wird damit bezahlt, dass der proletarische Staat schließlich unter noch verschlechterten Gesamtbedingungen in die entscheidende Kraftprobe hineingetrieben wird.

Seinem Wesen nach ist der Völkerbund eine Organisation kapitalistischer Staaten zur Behauptung der Hegemonie des französischen Imperialismus gegen andere imperialistische Mächte. An sich ist ein vorübergehendes Zusammenwirken des Sowjetstaates mit einer kapitalistischen Mächtegruppierung zur Ausnützung der imperialistischen Staatengegensätze der Weltbourgeoisie grundsätzlich nicht unzulässig. Das ändert nichts an der Einschätzung des Völkerbundes als einer grundsätzlich zu bekämpfenden, weil kapitalistischen Organisation. (Die grundsätzliche Zulässigkeit in dieser wie in jeder anderen

– 5 –

Frage besagt noch nichts über die taktische Frage, ob, wann, wie, wie lange ein bestimmtes, grundsätzlich zulässiges Verhalten zweckmäßig ist.) Selbstverständlich ist auch dieses Zusammenwirken nur auf Grundlage der oben genannten zwei grundsätzlichen Bedingungen zulässig. Der Eintritt in die „Völkerbund“ genannte politische Organisation kapitalistischer Mächte ist unvermeidlich verknüpft mit Bindungen, die – mögen sie noch so sorgfältig maskiert sein – den Kampf der Kommunistischen Internationale, der kommunistischen Parteien in den Ländern des Völkerbundes ausschalten, hemmen. Stalin wiederholt hier in gewissem Sinne den chinesischen Verrat von 1926 (organisatorische Eingliederung der KPCH in die Kuomintang) auf höherer Stufenleiter. Vor allem aber bewegt sich Stalins Völkerbundpolitik auf rein russisch-nationaler Basis, auf der Linie des Preisgebens der Weltrevolution.

Verteidiger der sozialdemokratischen Politik sagen: Wenn es grundsätzlich erlaubt ist, die zwischenstaatlichen Gegensätze der Weltbourgeoisie auszunützen, warum soll es dann grundsätzlich verboten sein, die innerstaatlichen Gegensätze der Bourgeoisie auszunützen? Den Koalitionslüftern diene folgendes zur Antwort: Die innerstaatliche Koalition mit der Bourgeoisie oder mit einem Teil der innerstaatlichen Bourgeoisie ändert nicht das Geringste daran, dass der Staatsapparat dieses Staates klassenmäßig kapitalistisch bleibt. Die reale Staatsmacht behält also bei der Koalition (auch wenn die proletarische Partei in der Koalitionsregierung die Mehrheit hätte, ja sogar dann, wenn sie allein in der Regierung säße) die Kapitalistenklasse. Der Anteil an der Macht ist also ebenso scheinbar wie die Alleinmacht etwa einer sozialdemokratischen Alleinregierung. Zwangsläufig muss sich also auf der Linie der innerstaatlichen Koalitionspolitik das Kräfteverhältnis immer wieder zugunsten derjenigen Klasse verschieben, die klassenmäßig die Staatsmacht hat, zugunsten der Bourgeoisie.

Anders, wenn der proletarische Staat ein Bündnis (vorübergehendes) mit kapitalistischen Staaten schließt, um die staatlichen Gegensätze der Weltbourgeoisie auszunützen. Da steht proletarischer Staatsapparat gegen kapitalistischen Staatsapparat, was auch dann noch gilt, wenn der Staatsapparat klassenmäßig in hohem Grade entartet ist wie in der Sowjetunion durch die Schuld des Stalinismus. Wohl ziehen die mit dem proletarischen Staat verbündeten kapitalistischen Mächte Vorteile aus dem Bündnis, allein Vorteile nur auf Kosten der anderen kapitalistischen Staaten, nicht auf Kosten des proletarischen Staates, der vielmehr seinerseits Vorteile aus dem Bündnis zieht – all dies unter den oben genannten zwei grundsätzlichen Bedingungen, denen die Stalinbürokratie immer wieder entgegen handelt.

(Fortsetzung folgt)